

Kleine Anfrage 275

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Anrechenbarkeit von Erschließungsbeiträgen in der Steuererklärung

Erschließungsbeiträge für den Straßenbau stellen für viele Bürger extreme finanzielle Belastungen dar. Abgesehen von den oft gerichtlichen Auseinandersetzungen über die Rechtmäßigkeit der jeweiligen Beitragserhebung kommt ein weiteres belastendes Moment hinzu. In der Regel sind die gezahlten Kosten im Wege der Steuererklärung nicht anrechenbar. Zwar ist anerkannt, dass haushaltsnahe Dienstleistungen als das zu versteuernde Einkommen mindernd anrechnungsfähig sind, doch sind die allermeisten Beitragsbescheide so gestaltet, dass keine Differenzierung nach den Kosten für die Arbeitsleistung einerseits und den Materialkosten andererseits erfolgt. Dies führt dazu, dass die Rechnungen von den allermeisten Finanzämtern gar nicht in Anrechnung gebracht werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung das Ansinnen der beitragspflichtigen Anlieger, zumindest einen Teil der Kosten im Wege der Steuererklärung in Anrechnung bringen zu wollen?
2. Wie ist die Praxis der Finanzämter im Hinblick auf die Anrechenbarkeit zumindest eines Teils der Erschließungsbeitragsbescheide?
3. Gibt es Rundschreiben oder Empfehlungen der Landesregierung an die Finanzbehörden zur (teilweisen) Anrechenbarkeit der Beitragsbescheide?
4. Gibt es Rundschreiben oder Empfehlungen der Landesregierung an die Gemeinden zur Gestaltung der Beitragsbescheide?
5. Welche Maßnahmen kann/wird die Landesregierung ergreifen, um eine Gestaltung und/oder Berücksichtigung der Beitragsbescheide zum Wohle der Beitragspflichtigen zu ermöglichen?
6. Inwiefern genügen die von manchen Gemeinden ausgestellten sog. Mangelsbestätigungen zur Vorlage bei den Finanzämtern bzw. können diese einen Anknüpfungspunkt für die teilweise Anrechenbarkeit darstellen?